

BERnisonkirche soll weitere Steuergelder verschlingen

Wir dokumentieren: Pressemitteilung der Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche.

Außerdem ein erster Kommentar eines Lesers unseres Blogs

BERnisonkirche soll weitere Steuergelder verschlingen

Laut einer Antwort der Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) auf eine Anfrage des Linke-Abgeordneten Norbert Müller plant der Bund seine Förderung des Wiederaufbaus der Garnisonkirche um weitere sechs Millionen Euro auf insgesamt 18 Millionen Euro aufstocken. Mit der Förderbereitschaft des Bundes wächst das Ausmaß der Spendenlüge der Stiftung Garnisonkirche (SGP). Von dem einstigen Versprechen, das Projekt ausschließlich über private Spenden zu finanzieren, ist die SGP inzwischen so weit entfernt, dass es schon fast in Vergessenheit geraten ist. Über 90 Millionen Euro aus öffentlichen Töpfen hat das Projekt bereits verschluckt. Es ist längst klar, dass die Kalkulation unrealistisch ist und die Kosten weiterhin steigen werden. Auch den zukünftigen Unterhalt des Gebäudes wird die Stiftung nicht selbst tragen können. Die öffentliche Hand darf sich nicht länger von dem finanziellen, planerischen sowie konzeptionellen Missmanagement der Stiftung erpressen lassen. Wir fordern ein sofortiges Moratorium und keine weiteren Steuergelder für den Wiederaufbau der Garnisonkirche!

Guten Tag, ...

schon

seit 2014 habe ich prognostiziert, dass der Wiederaufbau des Turms 51

Mio. Euro kosten wird. Durch die starken Baupreissteigerungen der letzten Jahre gehe ich heute sogar davon aus, dass es 54 Mio. werden.

Dass der Bund jetzt weitere sechs Millionen für ein „alleine von Spenden finanziertes Vorhaben“ geben will, ist ein Skandal. Hinzu kommt, dass die laufenden Ausgaben nach Fertigstellung durch die erwarteten Einnahmen der Aussichtsplattform durch die Stiftung Garnisonkirche nicht gedeckt werden können – ich habe eine Unterdeckung von über 300.000 Euro pro Jahr errechnet. An die Rückzahlung der Kirchendarlehen von 5 Mio. Euro ist aus meiner Sicht auch in 30 Jahren nicht zu denken.

Mit den 18 Mio. Euro Bundeszuschuss für das „unsägliche“ Bauvorhaben könnte man zwei Kindergärten, eine Oberschule oder knapp 90 3-Zimmer-Wohnungen bauen. Die regierenden Politiker brauchen sich nicht zu wundern, dass sie nicht mehr gewählt werden.

Franz Steinfest